

Saale-Beitung.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreis... Die Halle monatlich...

Anzeigen... Die Halle monatlich...

Nr. 109.

Halle, Dienstag, den 6. März

1917.

Lebhafte Kampfstätigkeit an der italienischen Front.

Amerika und Deutschland.

Neue Enthüllungen Wilsons.

a. B. Karlsruhe, 5. März. Von englischer Seite wird ein Bericht aus Newport veröffentlicht...

T. U. Genf, 5. März. Nach einer Washingtoner Radiomeldung bereitet Vanpelt eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten mit bisher unbekanntem Einzelheiten über den Geheimverehr politischer Agenten in Amerika und Asien vor.

T. U. Genf, 5. März. Nach einer Meldung des Pariser "Journal" verlangt, daß Roosevelt der Vorsitz in dem zu bildenden Enquete-Komitee angeboten worden sei.

WTB. Washington, 4. März. (Neuauflage.) Am Mittag verlegte sich der Senat, ohne eine Abstimmung über das Gesetz betreffend die bemahlte Neutralität vorgenommen zu haben...

Washington, 3. März. (Neuauflage.) Im Senat beantragte Stone, der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, in dessen Vorkomitee Wilson viele Deutsche anfänglich sind, einen Änderungsantrag gegen die Bewaffnung von Handelschiffen.

WTB. Washington, 4. März. (Neuauflage.) Man erzählt von hoher Stelle, daß Wilson Handelschiffe bewaffnen und andere Maßregeln ergreifen wird, um die amerikanische Schifffahrt zu schützen...

Fauler Ausreden.

a. B. Rotterdam, 5. März. Nach einer weiteren Neuauflage aus Washington beruht die vom Staatssekretär Dr. Zimmermann geäußerte Behauptung...

Sonderbar, höchst sonderbar! War denn eine solche neutrale Zone nötig, wenn die Vereinigten Staaten "neutral" waren? Man wird durch solche Ausreden wohl niemand täuschen.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 5. März. Amtlich wird veröffentlicht: Deftlicher und jüdischer Kriegsschauplatz. Nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der tüstländischen Front war das Trillerie- und Minenwerferfeuer nach Aufhebung des Wetters wieder lebhafter. Abends beschossen die Italiener Costanjevic besonders heftig. Mächte Solise bei Tolme in tiefen Patrouillen des Infanterieregiments Nr. 37 bis in einen räumlichen Ausgabens des Feindes vor, überwältigten die Beziehung und brachten ohne eigenen Verlust 10 Gefangene zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 5. März, abends. (Amtlich.) Im Westen bei Schneefall, im Osten bei strenger Kälte keine besonderen Ereignisse.

Letzte Depeschen.

18 feindliche Flugzeuge abgefangen.

WTB. Berlin, 5. März. Das klare Wetter am Sonntag führte auf der ganzen Westfront zu lebhafter Aktivität. Die englischen Flieger waren besonders sehr in Fländern und im Artois. Unsere Flieger waren mit großem Erfolg vor Arras und über der Somme tätig.

Im Osten wurde der Bahnhof von Malodetz mit über 500 Kilogramm Bomben belegt. Die Einschläge in das Ziel wurden einanderstark beobachtet. An der Macedonischen Front griff ein deutliches Geschwader feindliche Munitionslager nördlich Saloniki an.

Eine Erklärung Wilsons.

Wilson ist mit dem Kongreß unzufrieden.

WTB. Washington, 5. März. (Neuauflage.) In einer am Sonntag veröffentlichten Erklärung teilte Wilson dem Lande mit, es könne sein, daß er mangelnde Zustimmung vom Kongreß nicht die Vollmacht haben werde, die Handelschiffe zu bewaffnen oder andere Maßregeln zu ergreifen, um der U-Boot-Gefahr zu begegnen.

Die Brasilianer in den kriegsführenden Staaten zur Rückkehr aufgefordert?

a. B. Genf, 5. März. Wie der Agentur Radio aus Rio de Janeiro gemeldet wird, gab die brasilianische Regierung ihren Gehandten in den kriegsführenden Staaten Befehl, die brasilianischen Staatsangehörigen zur Vorbereitung ihrer Rückreise nach Brasilien aufzufordern.

Luftbombardement von Saloniki.

a. B. Haag, 5. März. Ein Amsterdamer Blatt gibt eine "Times"-Meldung wieder, wonach am Dienstag nachmittag 15 deutsche Albatross-Bomben auf Saloniki warfen. (Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Kriegsstimmung in Amerika.

T. U. Basel, 5. März. Aus London wird gemeldet, daß in allen großen Städten der Vereinigten Staaten patriotische Umzüge stattfanden. Die Straßen waren besetzt. Offiziere wurden in Triumphe herumgetragen. Die Kammer genehmigte einen Kredit von 2 1/2 Milliarden für die Landesverteidigung.

Eine mexikanische Funkspruchstation in San Salvador.

T. U. Genf, 5. März. Caranza hat nach einer "Herald"-Depesche Mitte Januar für einen Funkspruchapparat bestimmte Material mittels Kanonenbootes nach San Salvador geschickt. Die dortige Funkstation sei die mächtigste Mittelamerikas und unterstehe deutscher Leitung.

Wilson's Eidesleistung.

T. U. Basel, 5. März. "Havas" meldet aus Washington: Präsident Wilson wird am Antritt seiner zweiten Amtsperiode vor dem Obersten Gerichtshof den Eid ablegen. Die Feierlichkeit wird kurz vor Ablauf der Mandate des gegenwärtigen Kongresses vor sich gehen, und zwar auf dem Kapitol. Wilson wird sich dort hin begeben, um einige im letzten Augenblick gerechnete Gesetze mit seiner Unterschrift zu versehen.

4 1/2 Reichsschatzanweisungen auslosbar mit 110 - 120 Proz.

Begünstigten hatten wir berichtet, daß die deutsche Kriegsanleihe außer in den bisher nur selten Fällen der Bevölkerung denotigten fünfprozentigen Schuldverreibungen in einer neuen Art dreieinhalbprozentiger Reichsschatzanweisungen bestehen werde.

Zunächst ist hervorzuheben, daß für die Tilgung der neuen Schatzanweisungen, die in Gruppen eingeteilt werden, schon im Januar 1918 beginnende Auslosungen vorgesehen sind, die sodann zweimal im Jahre, nämlich jeweils im Januar und im Juli stattfinden werden. Zur Auslosung gelangen nicht einzelne Nummern der Schatzanweisungen, sondern immer ganze Gruppen. Die Rückzahlung erfolgt indes im Falle der Auslosung nicht zum Nennwert, sondern mit 110 Mark für je 100 Mark Nennwert. Da das Aufgeld steigt, wie wir noch sehen werden, unter Umständen in späteren Jahren auf 15 und 20 Mark. Das Reich ist nämlich berechtigt (nicht verpflichtet), alle nicht ausgelosten Schatzanweisungen frühestens auf den 1. Juli 1927 zu kündigen, und läßt alsdann die Rückzahlung der gekündigten (wohl zu unterscheiden von ausgelosten) Schatzanweisungen zum Nennwert erfolgen.

Der Inhaber einer nicht ausgelosten, sondern gekündigten Schatzanweisung würde sich mit ihr zufrieden setzen, als der Eigentümer einer ausgelosten. Das Reich räumt ihm jedoch die Möglichkeit ein, sich diesem Nachteil dadurch zu entziehen, daß er - falls das Reich am 1. Juli 1927 oder später vom Kündigungsgesetz Gebrauch macht - statt der Rückzahlung vierprozentiger Schatzanweisung fordert, die dann wieder regelmäßig ausgelost werden, und zwar mit 115 Mark für 100 Mark Nennwert.

Mit anderen Worten, der Eigentümer der nicht ausgelosten Schatzanweisungen hat, wenn das Reich am 1. Juli 1927 oder später vom seinem Recht Gebrauch macht, die dreieinhalbprozentigen Schatzanweisungen zur Rückzahlung zu kündigen, die Wahl zwischen dem Empfang des Nennwertes oder vierprozentiger mit 115 Prozent auslosbarer Schatzanweisungen.

Frühestens zehn Jahre nach der ersten Kündigung, also frühestens auf den 1. Juli 1937, ist das Reich wiederum berechtigt, die dann noch nicht mit 115 Prozent ausgelosten vierprozentigen Schatzanweisungen zum Nennwert zu kündigen. Und wiederum hat der Eigentümer die Möglichkeit, statt der Barzahlung Schatzanweisungen, und zwar diesmal dreieinhalbprozentige, zu fordern, die mit 120 Prozent nach demselben Tilgungsplan wie vorher die dreieinhalbprozentigen und vierprozentigen Schatzanweisungen ausgelost werden.

England.

Englands tägliche Kriegskosten.

Im Parlamente erklärte der Schatzkanzler Bonaux...

Die englische Industrie-Armee.

WTB. London, 4. März. (Reuter.) Der Diktator des...

Englands neuer Seereiseführer.

T. U. Stockholm, 5. März. Aus hiesigen Bankkreisen...

Zum U-Boot-Krieg.

Englische Konvoierung holländischer Postschiffe?

a. B. Karlsruhe, 5. März. Die „Neue Zürcher Ztg.“...

c. B. Haag, 5. März. Die Schiffahrtsgesellschaft Soderland...

„Kohlester“ auf Grund geraten.

Der amerikanische „Reclams“-Dampfer „Kohlester“ ist...

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 5. März.

Im Ministerialrat: Sadow. Präsident Graf Schwerin-Winsk eröffnet die Sitzung...

Ein Zentrumsantrag betr. Gewährung von Kriegsgeldern...

Die 2. Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Abg. Schaefer (Freik.) als Berichterstatter: Englands Kohlenindustrie...

Abg. Graf von der Gröden (Kon.): Die Einnahmen dieses Etats...

Hgen Schuldverrichtungen, das heißt der Zeit mit dem...

Der Einfluß des U-Boot-Krieges auf die Stimmung in Frankreich und Italien.

Paris, 5. März. Die Ankündigung der Brotkarte...

Capus schreibt im „Figaro“: Man sah heute bald hier...

Ein anderer Mitarbeiter des „Figaro“ widerspricht dem...

c. B. Wien, 5. März. Von heute ab wird auf den französischen...

Bern, 5. März. In der italienischen Kammerführung kam...

Bern, 5. März. Wie der Petersburger Mitarbeiter des...

erster Anblick war ihr gewesen wie ein wunderbares Erlebnis...

Das den Tilgungsplan betrifft, nach dem die Auszahlung...

Der Preis, zu dem die neuen vierprozentigen Tilgungsausgaben...

So viel Verlorenes der Erwerb der Schanverleihen auch...

Den Zeichen der neuen vierprozentigen Schanverleihen...

In das Reichsschulbuch können weder die älteren noch...

Dein ist mein Herz.

Originalroman von S. Courty-Mahler.

30. Fortsetzung. In der Stube saß Rita...

Es war jedenfalls ein recht behagliches Frühstück...

Rita kam leuchtend dabei glücklich auf und heersicherte...

Schon immer, wenn sie zuweilen so recht einsam und...

Freilich, auch so, wie sie es erhofft und erhofft hatte...

Mein Wetter Günter, wiederholte sie sich und seufzte...

Als dann bald darauf der Baron Günter Balberg ge...

melde wurde, da zog ein roter Schein über Ritas Gesicht...

Aber mit strahlenden Augen begrüßte sie ihn doch, als...

Es war Ende Februar und ein vorzeigter Later Frühling...

Seine Abnung kam Günter, welcher tiefen Eindruck er...

„Gut geschlafen, Maus?“ fragte er.

„Wunderbar!“

Dann eröffnete er Rita und der Generalin, daß er mit...

(Fortsetzung folgt.)

leihen Gedächtnis mühen wir uns nationalwertigsten nachbar gemacht werden. Erfolgreich ist, daß das Kallomonat be- gehalten werden soll.

Abg. Brück (Zentr.): Auch wir sind dafür, daß wir uns die Ergebnisse in Belgien sichern.

Für die Bergarbeiter genügen nicht hohe Löhne. Ein Auf- hören des Kohlenpreises würde die größten wirtschaft- lichen Schwierigkeiten im Gefolge haben. Der große Ein- fluß des Bergwerks muß im Sinne einer gesunden Preis- bildung ausgeglichen werden.

Abg. Meyer - Frankfurt (Volksp.): Wir begrüßen die Erklärung des Ministers im Anschluß, daß die Verlegung des Landes mit Kohlen gesichert ist. Ebenso begrüßen wir seine Erklärung, daß eine Herabsetzung der Kohlenpreise für April nicht beabsichtigt ist, und die Preise auch auf möglicher Höhe gehalten werden sollten, bis der Reichstag die Kohlensteuer annimmt. Betreffend die Befreiungen böhmi- scher Großplantagen, sich die Herrschaft auf dem deutschen Braunkohlenmarkt zu erhalten, können wir es dem öster- reichischen Kapital nicht verwehren, sich am deutschen Markt zu beteiligen. Wir wenden uns aber dagegen, daß jene Waad dazu benutzt wird, deutsche Beamte und Arbeiter durch Landesteuer unzureichlicher Unternehmer zu ersetzen. Für die Arbeiter muß ausreichend gesorgt werden. Die Frauen- arbeit unter Tage ist unbedingt zu verbieten. Wir fordern eine reichsgerichtliche Regelung des Knappschaftswesens. (Beifall links.) Die durch das beschlossene Kohlensteuer- gesetz hervorgerufene Belastung kann durch eine besondere Ausnutzung der Kohle verringert werden. Die neue Ver- zehrsteuer und die Erhöhung der Zigarettarbeit sind eine harte Belastung, die nur für den Krieg bestehen bleiben darf. Eng- land hat ein großes Interesse daran, sich auf dem Kohlen- markte zu behaupten, als ein Anteil an den vorzüglichen Kohlen- und Eisensteinlagern Frankreichs zu sichern. Wir müssen dem entgegenarbeiten. In der Zukunft unserer in Krieg zu be- währten Bergwerksindustrie muß beim Friedensschluß im vollen Umfange sichergestellt werden. (Beifall.)

Oberbürgermeister v. Bellen: Den am 1. März teil- nehmenden Studierenden der Bergverwaltung sollen Erleich- terungen zur Fortsetzung ihrer Studien gewährt werden.

Abg. Sae (So): Die Lohnsteigerung der Bergarbeiter entspricht nicht der Verteuerung der Lebensbedürfnisse. Die Knappschaftsinvaliden befinden sich in bitterer Notlage. Ihre Entlohnungen müssen erhöht werden. Die Arbeiter sind ihre Pflichten, die ihnen in dieser schweren Zeit obliegen, voll bewußt. Sie wissen, welches ihr Schicksal wäre, wenn wir als Besiegte aus dem Kampf hervorging. Den Ministern bitte ich, in Sachen der Hindenburgpende Arbeit zu schaffen. Da die Landwirte die Sammlungen unentgeltlich übergeben, glauben die Arbeiter, daß die Gaben unentgelt- lich abgegeben würden. Sie wurden aber entlohnt. Die Spende wurde zu Höchstpreisen und sogar zum Teil zu ungewöhnlich hohen Preisen abgegeben. Der Gebante wurde nicht ein, daß auch mit der Hindenburgpende Geschäfte gemacht wurden. Die Frauenarbeit unter Tage muß befristet werden. Ich glaube nicht, daß die Anzeigerpläne von der Wehr- heit des deutschen Volkes geteilt werden. Wir treten im Interesse Deutschlands für einen Frieden ein, der keine Krieger- gebanten bei den anderen Völkern hinterläßt.

Hausdeleminister Dr. Sadow: Die Verhältnisse im Berg- bause 1918 weniger günstig als im Vorjahre. Trotzdem sind wir mit der Steigerung der Löhne entlohnend der all- gemeinen Teuerung weiter gegangen. Wichtiger als eine Lohnerhöhung ist die Lebensmittelfestsetzung. Betreffend der Verteilung der Hindenburgpende hat die fiktivale Bergverwaltung einen nennenswerten Fußlohn gewährt. Bei der Waad kommt also der Erwerbspreis in Frage, von welchem der Fußlohn abgezogen wird. Ueberprüfungen sind nur statt, wenn die Arbeiter damit einverstanden sind. Störungen in der Verlegung wird namentlich auf Trans- portschwierigkeiten zurückzuführen. Wir hoffen, daß es dem Reichskommissar für Kohlenverteilung gelingen wird, hierin Wandel zu schaffen. Die Regierungspräsidenten wollen dar- auf einwirken, daß die Kleinhandelspreise sich in den richti- gen Schranken halten. Die Kohlenhändler sollten auf eine gleichmäßige Verteilung Bedacht nehmen. Betreffend den Erwerb von Braunkohlenfeldern durch böhmische Händler werden wir die Angelegenheit aufmerksam verfolgen. Ein Privatmonopol halten wir nicht für erwünscht. Ein Anlauf durch den Staat wird nicht beabsichtigt.

Auf eine Anfrage des **Hg. Schaber** (freisinnig) erklärt Oberbürgermeister v. Bellen, daß betreffend der Braun- kohlenlage Anträge zu Bergarbeiten nicht gegeben sei.

Der Etat wird genehmigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Landwirtschaftsetat.

Halle und Umgebung.

Halle, den 6. März 1917.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 5. März.

Am Vorstandstisch die Herren Justizrat Dr. Reil Justizrat Dr. Föhrling und Eisenbahnbetriebsrat Me- lungersat Dr. Borchert.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein. 1. Herr St. Föhrling berichtet über einen Antrag zur Schließung der Sparkasse. Er nimmt dabei Bezug auf, wie es in den Stadtverordnetenprotokollen heißt, „anliegende Druckdragen“. Leider waren diese Druckdragen wieder einmal den Pressevertretern nicht zugänglich gemacht, so daß es unmöglich ist, über diesen Punkt zu referieren. (Rb.) Die Versammlung genehmigt die Vorlage.

2. Ueber die Bewilligung einer Unter- stützung berichtet Herr St. Hennig. Es handelt sich um die Witwe des bei der Eisenbahnunfallung be- schiedenen Arbeiters Friedrich Kapp, der am 25. April bei Auslösung seines Verwutes einen tödlichen Unfall erlitten hat. Seine Witwe würde, da der Verfallende nicht zehn Jahre in städtischen Diensten war, nur 12,64 M. Wittwen- geld erhalten. Nach § 8 der Bestimmungen ist das städtische Wittwengeld von dem Betrag der ihm bewilligten Unfallrente (200 M.) zu kürzen. Die Frau würde also aus städtischen Mitteln keine Anspülung haben. Aus Gründen der Billig- keit beschließt jedoch die Versammlung, im Sinne des Magistrats ohne Anrechnung der Unfallrente ihr 240 M. jährlich zu zahlen.

3. Die für das Jugendamt 1918 einzusetzenden 1300 Mann werden um 400 M. vermindert. (Referent Herr St. Hennig.)

4. Bei der Rechnung des Zoologischen Gartens für 1916 sind Uebererschreitungen von insgesamt 13 366 M.

zu genehmigen und für die bei den überschrittenen Positionen bis zum Schluß des Rechnungsjahres noch erforderlichen Mittel beim. als Verlastung nichtüberschrittener Positionen der Betrag von 24 106 M., also insgesamt 37 472 M. nach- zubewilligen. Die Versammlung spricht die Nachbewilligung aus. (Ref. Herr St. Steinbrück.)

5. Das Gesuch des Immobilien Wido Penne mit um Bewilligung einer Unterstützung durch den Magistrat als Material überwiesen.

Punkt 6 betrifft die

Bestellung des Haushaltsplanes.

Vor Besprechung der einzelnen Kapitel führt Herr St. Hennig über die Verwaltung des Stadtverordnetenrat und sein Verwaltungsbereich zugegangen sei. Er möchte insbesondere mit dem neuen Etat zugleich vorlegen, sonst sei eine Kritik des neuen Etats nicht möglich. Im vorigen Jahre habe der Magistrat zur Erfüllung einer gleichen Gehaltung angefordert, daß der betreffende Drucker verlegt habe. Diesen Grund dürfe man aber nicht schon wieder anführen, denn bekanntlich sei den städtischen Ver- waltung eine Petition der hiesigen organisierten Buchdrucker übergeben, die darauf abzielt, für die nichtbeschäftigten Betriebe Arbeit zu schaffen. Leider habe man einen derart umfangreichen Druckauftrag gerade an eine nichtleistungsfähige und unorganisierte Druckerei gegeben; die könne eine solche Arbeit natürlich nicht bewältigen, wohl aber hätten es die Petenten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Knie: Wir haben es in normalen Zeiten für uns nicht gehalten, etwa zeitweiligen Weisheiten und Neugier sowohl der neuen Etat wie den Verwaltungsbericht vorzulegen, aber der Krieg hat das unmöglich gemacht. Im vorigen Jahre schon konnte der neue Etat erst zu Beginn des Februar erscheinen und der Verwaltungsbericht noch später. In diesem Jahre sind wir mit dem Etat erst jetzt herausgekommen, aber wir unter- scheiden uns in keiner Weise von den anderen Städten des Reichens, die auch ihre Etats erst jetzt fertiggestellt haben. Soll ich etwa auseinanderstellen, daß die Erhöhung der Ausgaben in die uns der Krieg gebracht hat, jetzt für uns die Hauptfrage ist und daß alle anderen Sachen dahinter zurück- stehen müssen? Das trifft zu, aber den Etat zu. Und was den Verwaltungsbericht anlangt, so wird er dieses Jahr überhaupt nicht erscheinen. Grund dafür ist die Anord- nung der Staatsregierung, die wünscht, daß solche Sachen im Interesse der Papiererparnis und der Kraft- ersparnis aufgeschoben werden. Geschrieben liegt der Ver- waltungsbericht bis in seine Einzelheiten vor, aber drucken können wir ihn nicht lassen. Wir müssen uns später ent- scheiden, ob wir ihn für das Jahr 1918 ganz weglassen lassen oder mit den Berichten der anderen Kriegsjahre zusammen herausgeben. Was die Petition der Druckereiarbeiter an- langt, so werden wir die Druckerei nach sachlichen Gesicht- punkten. Die Petition verlangt aber, daß wir uns in die Angelegenheiten eines bestimmten Gewerbes einmischen.

Herr St. Hennig: Ich meine, es ist eine Ver- zierung der Rechte der Stadtverordneten, wenn wir keinen Verwaltungsbericht bekommen. Der Minister wird uns das nicht verneinen, wenn wir den Verwaltungsbericht drucken, und das ist möglich, sofern wir damit eine leistungsfähige Druckerei betrauen. Die Petenten haben uns ja dazu den Weg geebnet.

Herr Oberbürgermeister Knie: Herr Oberbürger hat mich ansehnend nicht verstanden. Die Staatsregie- rung wünscht nicht, daß solche Arbeiten jetzt im Kriege erledigt werden. Der Magistrat wird also von der Anregung des Herrn Oberbürger keinen Gebrauch machen.

Herr Vorsteher Föhrling: Der Stadtverordneten ist nach Bestimmung des Bureau keine Petition der Druckereien zugegangen; nur der Magistrat hat sie bekommen.

Herr St. Hennig: Das ist ein Irrtum. Auch an die Stadtverordneten ist die Petition gegangen. Sie wurde jedoch zurückgelegt, bis der Magistrat sich entschieden habe.

Herr Vorsteher Föhrling: Nach der Städteordnung ist der Magistrat nicht verpflichtet, einen schriftlichen Verwal- tungsbericht zu erlassen, nur einen mündlichen.

Herr St. Hennig: Der Verwaltungsbericht ist ein Spiegelbild der Tätigkeit des Magistrats. Er ist ein Dokument der Mündigkeit und Intelligenz des Magistrats, und wenn ich Oberbürgermeister wäre, wär's für mich ein Stolz, solchen Verwaltungsbericht zu erlassen. Das ge- schließt übrigens in allen Gemeinden, auch in den Land- gemeinden, wo der Ortsrat keine Zeitung aus der Wechs- lache herausgibt und über das vergangene Jahr Rechenschaft legt.

Herr Oberbürgermeister Knie: Für dieses Jahr könnte infolge der Anordnung der Regierung nur ein mündlicher Bericht in Frage kommen. Nach der Städteordnung muß der Bericht „öffentlich“ sein. Wenn die Herren meh- rere Sitzungen drangehen wollen, ist der Magistrat bereit, durch sämtliche Delegierten Bericht erlassen zu lassen.

Herr St. Hennig meint, das könne nicht in Frage kommen. Wohl aber verlange er einen gedruckten Bericht.

Herr Oberbürgermeister Knie: Ich wiederhole dem- gegenüber, daß ein gedrucker Bericht dieses Jahr nicht er- folgt.

Annahme erstattet Herr St. Manigewski das Referat über Kapitel III „Berechtigungen“. Es wird beabsichtigt genehmigt. Ebenso das Kapitel V „Kapital- und Schuldverwaltung“. Der Referent, Herr St. Stechner, hebt dabei hervor, daß zum ersten Male infolge des Ankaufs des Graebischen Grund- stücks in der Taubenstraße - Sommergasse für Hypothekenzinsen ein Betrag von 13 082 M. und infolge des Erwerbs des Bagenstilles Weges gleiches Rollen von 12 860 M., 41 681 M., 38 902 M., 3666 M., 3200 M. und 92 500 M. erscheinen. Dieses Kapitel ver- langt einen Zufluß von 1 786 654 M., das sind 266 421 M. mehr gegenüber dem Vorjahre.

Ueber Kapitel VI „Allgemeine Verwaltung“ referiert Herr St. Herzfeld. Ueber Kapitel VIII „Staats- und Provinzialangelegenheiten“ Herr St. Manigewski. Herr St. Ritter sagt dabei an, daß dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht, wenn die bevorstehende Umgruppierung der städtischen Bureauen erfolgen sollte, geeignete Räume angekauft werden müßten. Das Kapitel verlangt einen Zufluß von 682 530 M., das sind 173 341 M. mehr als im Vorjahre. Kapitel IX „Krankenhäuser“ wird ebenfalls genehmigt. (Ref. Herr St. Manigewski.)

Legtlingen das Kapitel „Müllwesen“, welches 24 876 M. Zu- fluß erfordert. (Ref. Herr St. Hennig.)

Ueber Kapitel XII „Jugendamt“ berichtet Herr St. Hennig. Er bemerkt, daß bei diesem Kapitel zur Bewäl- tung von Stützprämien 1500 M. nur eingeplant sind.

Herr St. Hennig führt aus, daß Stütz- prämien zwar an sich eine nützliche Sache seien, aber der

Segen gehe ob dadurch verloren, daß man die Hilfenben- den Frauen unnötig kontrolliere. Die Frauen werden mit ihren Kindern nach Anweisung beobachtet, und da bezeichnen sie dann lieber auf die Prämien, als daß sie sich solchen unan- genehmen Ausfragen aussetzen.

Herr St. Föhrling: Eine Kontrolle ist nicht zu ent- schehen. Es sind die Erfahrungen, daß Frauen zwar Stützprämien bezogen, aber ihre Kinder nicht mit sich ge- führt haben. Uebrigens wird doch auch nicht bloß kontrolliert, sondern den Müttern werden gute Ratsschlüsse gegeben, wie sie den Wohlbehinden und dem Gedeihen ihrer Kinder am besten dienen können.

Herr St. Hennig: Ich denke bei meiner De- schwerde an einen Fall, der mich die Forderung erheben läßt, soll man dann doch geeignete Personen zur Kontrolle schicken können. Eine junge Kriegserfrau bekam zu ihren vier kleinen Kindern eine Dame zur Kontrolle und fragte die Frau, ob sie nicht doch noch arbeiten könnte. Die Frau nannte das un- möglich und war durch solche Anmuthung verlegt; aber die Kon- trolleurin fragte dann auch noch in der Nachbarhaft herum, ob denn die Frau, die von jenem Herrn unterliefert wurde, nicht doch durch Arbeit etwas hinzuverdienen könne. Solche Kontrolle ist nicht lademäßig und nicht anständig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Knie: Wie wir aus den Worten des Herrn Oberbürger hören, hat sich der Fall nicht auf dem Gebiet der städtischen Verwaltung, sondern auf Ver- waltungsbereich ausgedehnt. Der Herr ist der angegriffene Be- reit, nicht nur in der Lage, sich zu verteidigen. Und es mehr bedauere ich, daß er hier geschwiegen ist. Herr Oberbürger hat gesagt, der Vorstand des Vereins habe nicht lademäßig und unanständig gehandelt. Ich bitte Herrn Oberbürger, mit Namen und Zeit zu nennen, damit wir von Amts wegen der Sache nachgehen können.

Herr St. Hennig: Ich werde den Namen der Frau nicht nennen. Erst muß ich sie um Erlaubnis fragen. Herr Oberbürgermeister Dr. Knie: Ich verlange von Herrn Oberbürger, daß er mir binnen 24 Stunden den Namen der Frau nennt, sonst treffen ihn die Folgen, die das Gesetz für Verleumdung ausgesetzt hat.

Herr St. Knie: Ohne Rücksicht können wir bei Unterstellungen nicht auskommen. Wenn Herr Oberbürger in die Armenverwaltung tätig wäre, würde er das. So kann längst zu einem Armenpfeifer eine Frau und jammerge, daß sie mit ihren Kindern nichts zu essen habe. Der Armen- pfleger wollte können helfen und gab, um nachher nachzahlung einbringen zu können, vorerst mal 10 M. Als er dann in die angegebene Wohnung kam, wo die Frau gar nicht dort, sondern hatte ihn beschuldigt. Und noch ein anderer Fall: Eine Frau klagte, daß es ihr ganz erschrecklich gehe. Sie habe keine Möbel, keine Betten. Es wird nachgefragt, ob es ergibt sich, daß der Mann alles durchbringt, daß er die Möbel teils verkauft, teils verpfändet hat. Soll denn da die Armenverwaltung etwa eine Kontrolle neue Möbel anschaffen? Auch hinsichtlich jener Kriegserfrau, von der Herr Oberbürger spricht, muß ich sagen, daß eine Kontrolle sich nicht umgehen ließ. Die Frau bekam doch übrigens für jeden der Zwillinge 14 M. pro Monat. Da sie noch vier andere Kinder hatte, hat sie ein Mindesteinkommen von 120 M. im Monat haben müssen. Ich kann Herrn Ober- bürger nur empfehlen: mer mit dem Armenwesen zu tun hat, weiß, daß wir nachfragen und untersuchen müssen.

Herr Vorsteher Föhrling: Herr Oberbürger widerlegt sich eigentlich mit seinen Ausführungen selbst. Der Natio- nale Frauenverein, der sich seine Mittel durch Sammlungen verschafft, muß kontrollieren; er schickt eine Vertrauens- person aus. Das Dame heißt, daß sechs Kinder vorhanden sind, aber die gewöhnlich viel Geld zu gewinnen, und trägt lieber noch mal in der Nachbarhaft, wo denn die Vermögensfrage der zu unterliegenden Frau liegen. Versteht dürfte sich die Kriegserfrau nicht fassen. Das ist ein über- zeugendes Zeugnis. Die Herren Oberbürger und seine Freunde sind doch sonst immer für eine genaue Kontrolle der Verwaltung. Wer Unterliefung bezieht, muß sich auch eine Kontrolle gefallen lassen. Das läßt sich einfach nicht umgehen.

Herr St. Hennig: Man mag ja kontrollieren, aber man soll Personen von Konjunktiven schicken. Wenn man von einer Frau, die sechs kleine Kinder hat, noch Arbeit ver- langen, dann verlegt das. Ich habe niemanden beleidigen wollen; aber wenn man weiß, daß es sechs Kinder vorhanden sind, aber die gewöhnlich viel Geld zu gewinnen, und trägt lieber noch mal in der Nachbarhaft, wo denn die Vermögensfrage der zu unterliegenden Frau liegen. Versteht dürfte sich die Kriegserfrau nicht fassen. Das ist ein über- zeugendes Zeugnis. Die Herren Oberbürger und seine Freunde sind doch sonst immer für eine genaue Kontrolle der Verwaltung. Wer Unterliefung bezieht, muß sich auch eine Kontrolle gefallen lassen. Das läßt sich einfach nicht umgehen.

Herr St. Hennig: Man mag ja kontrollieren, aber man soll Personen von Konjunktiven schicken. Wenn man von einer Frau, die sechs kleine Kinder hat, noch Arbeit ver- langen, dann verlegt das. Ich habe niemanden beleidigen wollen; aber wenn man weiß, daß es sechs Kinder vorhanden sind, aber die gewöhnlich viel Geld zu gewinnen, und trägt lieber noch mal in der Nachbarhaft, wo denn die Vermögensfrage der zu unterliegenden Frau liegen. Versteht dürfte sich die Kriegserfrau nicht fassen. Das ist ein über- zeugendes Zeugnis. Die Herren Oberbürger und seine Freunde sind doch sonst immer für eine genaue Kontrolle der Verwaltung. Wer Unterliefung bezieht, muß sich auch eine Kontrolle gefallen lassen. Das läßt sich einfach nicht umgehen.

Herr St. Hennig: Man mag ja kontrollieren, aber man soll Personen von Konjunktiven schicken. Wenn man von einer Frau, die sechs kleine Kinder hat, noch Arbeit ver- langen, dann verlegt das. Ich habe niemanden beleidigen wollen; aber wenn man weiß, daß es sechs Kinder vorhanden sind, aber die gewöhnlich viel Geld zu gewinnen, und trägt lieber noch mal in der Nachbarhaft, wo denn die Vermögensfrage der zu unterliegenden Frau liegen. Versteht dürfte sich die Kriegserfrau nicht fassen. Das ist ein über- zeugendes Zeugnis. Die Herren Oberbürger und seine Freunde sind doch sonst immer für eine genaue Kontrolle der Verwaltung. Wer Unterliefung bezieht, muß sich auch eine Kontrolle gefallen lassen. Das läßt sich einfach nicht umgehen.

Herr St. Hennig: Man mag ja kontrollieren, aber man soll Personen von Konjunktiven schicken. Wenn man von einer Frau, die sechs kleine Kinder hat, noch Arbeit ver- langen, dann verlegt das. Ich habe niemanden beleidigen wollen; aber wenn man weiß, daß es sechs Kinder vorhanden sind, aber die gewöhnlich viel Geld zu gewinnen, und trägt lieber noch mal in der Nachbarhaft, wo denn die Vermögensfrage der zu unterliegenden Frau liegen. Versteht dürfte sich die Kriegserfrau nicht fassen. Das ist ein über- zeugendes Zeugnis. Die Herren Oberbürger und seine Freunde sind doch sonst immer für eine genaue Kontrolle der Verwaltung. Wer Unterliefung bezieht, muß sich auch eine Kontrolle gefallen lassen. Das läßt sich einfach nicht umgehen.

Herr St. Hennig: Man mag ja kontrollieren, aber man soll Personen von Konjunktiven schicken. Wenn man von einer Frau, die sechs kleine Kinder hat, noch Arbeit ver- langen, dann verlegt das. Ich habe niemanden beleidigen wollen; aber wenn man weiß, daß es sechs Kinder vorhanden sind, aber die gewöhnlich viel Geld zu gewinnen, und trägt lieber noch mal in der Nachbarhaft, wo denn die Vermögensfrage der zu unterliegenden Frau liegen. Versteht dürfte sich die Kriegserfrau nicht fassen. Das ist ein über- zeugendes Zeugnis. Die Herren Oberbürger und seine Freunde sind doch sonst immer für eine genaue Kontrolle der Verwaltung. Wer Unterliefung bezieht, muß sich auch eine Kontrolle gefallen lassen. Das läßt sich einfach nicht umgehen.

gefördert, und es ist nicht zu bezweifeln, daß er Falle erneut den Rücken drehe.

Bei der Abstimmung werden jedoch sämtliche Positionen unter Ablehnung der Anträge überzogen angenommen.

Ueber den Etat des Gaswerks

Berichtet Herr Stv. Welsch: Für Gas sind an Einnahmen 1.777.000 Mk. eingestuft. Das sind 117.000 Mk. mehr als im Vorjahre. Der Referent bemerkt dazu, daß im Vorjahre eine große Zunahme des Gasverbrauches stattgefunden habe. Infolge der Einführung der Sommerzeit ist allerdings die Zunahme im letzten Jahre während der Sommermonate auf nur 1,5 Prozent gewachsen, aber mit Rücksicht auf die Anknappung an Petroleum und Spiritus dürfte man doch auf eine Gesamtzunahme von 8 Prozent rechnen. Für Koks und Schlacken stehen in der Einnahme 224.000 Mk., das sind 180.500 Mk. mehr. Insgesamt liefert die Verwertung der Erzeugnisse des Gaswerks nach dem Voranschlag des neuen Etats 2.426.500 Mk., was 288.700 Mk. mehr als im Vorjahre bedeutet. Für Miete der Automaten sind 84.000 Mk. eingestuft, 11.700 Mk. mehr als im Vorjahre. Im ganzen stellt sich die Einnahme des Werkes auf 2.816.542 Mk. (= 280.547 Mk.). Unter den Ausgaben stehen die Betriebsarbeiterlöhne mit 95.700 Mk. (= 15.200 Mk.) für Gaslohn hat man den Betrag von 1.097.000 Mk. (= 234.700 Mk.) eingestuft. Der Referent bemerkt dazu, daß dieser Betrag sich auf der Grundlage eines Lohnerpreises von 30 Mk. aufbaue. Der Voranschlag werde jedoch durch steuerliche Belastungen beeinträchtigt werden. Die Kohlenlöhne werden man mit 146.000 Mk. Mehrausgabe veranschlagen dürfen. Dazu noch etwa mit 56.000 Mk. die Verrechnungen, alle insgesamt eine Mehrausgabe von 200.000 Mk. Es sei jedoch nicht unangenehm, diese Ziffern in dem nachstehenden Etat zu berücksichtigen. Der Etat wird genehmigt.

Herr Stv. Grobel führt aus, daß die Löhne auf dem Gaswerk für gelehrte Arbeiter, z. B. Schloßer, nicht im Einklang stehen mit den gewöhnlichen Löhnenverhältnissen und daß sie weit hinter den in der Industrie gezahlten Löhnen zurückbleiben. Es könne der Zustand eintreten, daß die Leute plötzlich weggehen und das Gaswerk in schwere Verlegenheit kommen. 50 Pfennig Stundenlohn zahle das Gaswerk, mindestens 70 Pfennig die Industrie. Man möge den Meistern das Recht geben, entsprechend den Verhältnissen Zulagen zu gewähren.

Herr Stadtkaufmann Lamers entgegnend, daß solche Vergünstigungen nicht erteilt werden können. In den Zulagen müsse Einigkeit liegen. Man habe dabei auf die anderen Werke auch Rücksicht zu nehmen. Tatsache sei es, daß die Rüstungsindustrie sehr hohe Löhne zahle. Aber auch das Gaswerk bemühe sich, die bewährten Kräfte festzuhalten und neue gute Kräfte hinzuzugewinnen. Aus solchen Erwägungen heraus habe das Kuratorium beschlossen, jetzt

eine neue Lohnverordnung

durchzuführen, die etwa 25 Prozent bei den gelernten und 10 Prozent bei den ungelernten Arbeitern betrage.

Die Kapitel „Schlichthof“, „Wieshof“, „Fleischverkaufshalle“ werden ohne Debatte angenommen (Referent Herr Stv. Daniel).

Herr Stv. Ritter referiert über den Haushaltsplan der Straßenbahn.

gegen den Einwendungen nicht erhoben werden.

Herr Stv. C. M. e. r. bemerkt, es werde ja wohl noch insolge des Ankaufs der Stadtbahn ein Nachtragsetat kommen. Da könne vielleicht jetzt schon Auskunft gegeben werden, wie das Verhältnis heber Bahnen künftig sein solle, welche Veränderungen eintreten. Das interessiere die Bürgerchaft sehr.

Herr Bürgermeister Seydel: Wir übernehmen die Stadtbahn am 1. April. Vorher können wir die Verhältnisse nicht übersehen, gelovende denn einen Etat aufmachen. Ueber die Vereinfachung und Zusammenlegung der Linien kann auch erst nach dem 1. April entschieden werden. Vorher ist das nicht möglich.

Herr Stv. Grobel befragt es, daß in der Friedrichstraße vor der Einfahrt in den Mühlweg die B-Bahn öfter lange warten müsse. Man solle doch einfach die Wagen durchfahren lassen. Bei der C-Bahn (Müllhorststraße) vermieße man zu verkehrsreichen Zeiten, Mittags und abends, Anhängewagen. Was das Umsteigen nach dem 1. April anlange, so könne man es freilich, auf dem Rückweg und am Eingang der Triftstraße.

Herr Bürgermeister Seydel: Wir hätten in der Friedrichstraße den zweifelhafte Betrieb längst durchgeführt, aber wir bekommen jetzt keine Schienen und kein Oberleitungsmaterial. Arbeitskräfte fehlen auch. Durchfahren können wir dort nicht lassen, denn die Straße ist nicht zu übersehen. Auch für die C-Bahn fehlt es an Anhängewagen und an Personal. Wir haben nur Sonntag's Befahrung für Anhängewagen. Das Umsteigen kann nicht gleich am 1. April losgehen. Wir müssen da genau beraten, wie wir die Linien führen.

Herr Stv. Ritter: Es ist ein begründeter Wunsch der Bürgerchaft, daß sie nun möglichst bald in den Genuss der B-Bahn, die uns bei Ankauf der Stadtbahn gibt, setze. Dringend zu wünschen ist eine rasche Durchführung eines Teils vom Steinweg nach dem Norden.

Herr Stv. D. i. e. b. u. r. g.: Die Umsteigemöglichkeit muß sofort gegeben werden. Später kann man die Sache im Einzelnen regeln.

Herr Stv. K. ü. n. g.: große Eile dabei bedenklich. Wir müssen doch erst mal' einen tüchtigen Direktor kriegen.

Herr Vorsteher Reil: Was nützt uns der Umsteigehelm, wenn die Wagen, die ankommen, vollbesetzt sind?

Herr Oberbürgermeister Rie: Ich will nur wenigen Stunden die Kaufverträge in ihren bestimmten Einzelheiten vollziehen werden. 17 Jahre ist es abgemacht, daß die Verkaufverträge längstens zum 1. April führen. 17 Jahre hat die Bürgerchaft warten müssen und nun soll alles auf einmal Hals über Kopf gehen. Alle Vorteile sollen schon am 1. April gelten. Ich habe zur Bürgerchaft, zu ihrer Bequemlichkeit und zu ihrer Einigkeit das Vertrauen, daß sie bereit ist, so schnell ab zu tun, wie man doch ist. Die Stadtbahn haben wir ja noch nicht in unserer Hand, sondern erst nach 1. April ab. In der Nacht zum 1. April erfolgt die Heberzeuge mit Ruhe und mit viel wollen wir beraten und schlagen, welche neuen Linien einzurichten sind, wie wir den Umsteigehelm zweckmäßig gestalten und auch die Direktorenfrage kann denn erledigt werden. Eine daß Zeit darüber verstreicht, läßt sich doch nicht machen. Mühe wollen wir uns geben, um das Ziel recht schnell zu erreichen. Mehr kann man jetzt nicht versprechen, mal' mal' kriegen.

Herr Stv. D. o. r. t. e. r.: Was nützt uns der Umsteigehelm, wenn die Wagen, die ankommen, vollbesetzt sind?

Keine Streiksmittel mehr für Brot.

Wie schon früher mitgeteilt, hat die Reichsgerichtsstelle bestimmt, daß seitens von 1. März ab Krogen und Meizen mitbeweis bis zu 94 v. S. auszumahlen sind. Für Herstellung von Brot aus solchem Mehl sind keine Streiksmittel mehr erforderlich. Für Groß-Brotli liefert die Reichsgerichtsstelle bereits vom 16. März an nach Mehl, das zu 94 v. S. ausgemahlen ist. Zur Verwendung dieses hochvermeheltes Mehles hat die Geschäftsabteilung der Reichsgerichtsstelle folgendes dem Kommandierenden mitgeteilt: Der Bauer ist bei lo hoch ausgelegenen Mehl wesentlich kleiner zu halten als bei anderem Mehl und muß nicht und nicht gefürchtet werden. Die Teigführung ist zu leicht zu machen, das Brot selbst muß in nicht allen Fällen ausgetrieben werden, es muß also mit einer längeren Backdauer als sonst üblich gerechnet werden.

Ein Landesamt für Gemüse und Obst

Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, wird aus dem Zwecke, das Gemüse und Obst aus der neuen Ernte in vermehrtem Umfang für die Volksernährung nutzbar zu machen, für Preußen ein Landesamt für Gemüse und Obst mit dem Sitz in Berlin errichtet. Zum Vorstehenden des Amtes ist der Vorsteher der Reichsstelle für Gemüse und Obst Oberregierungsrat v. Tilly ernannt worden. Das Amt hat seine Geschäftsräume in Berlin W. 57, Potsdamerstraße 75.

Provinzial-Nachrichten.

Wahlhof Mansfeld, 5. März. (Som Zug gefährt.) Am Freitag morgen kurz vor 9 Uhr, wurde der Rangierführer Bohmann aus Bendorf von einem durchfahrenden Zuge erfasst und getötet. Er hinterläßt eine zahlreihe Familie.

Schaffeld, 5. März. (Sieb-Abteilung.) Am 1. März wurden hier in 46 inbestehenden Haushaltungen gezählt: 179 Pferde, 928 Stück Rindvieh, 744 Schafe, 1063 Schweine, 220 Fiegen, 1273 Kanarienvögel und 2973 Stück Federwild.

Stadthagen, 5. März. (Die goldene Hochzeit) feierten das Verstorbenen und Wittenbergische Ehepaar. Beiden wurde das Gedächtnis des Kaisers übergeben. Der hiesigen Kirche wurde von der Familie des Gutsbesizers Dehmden eine elektrische Beleuchtungsanlage geschenkt.

Nordhausen, 5. März. (Die Volkswirtschaftliche Vereinigung Sachsen-Anhalt) wird Freitag, den 8. März, eine Gesamtagung abhalten. Der Vizepräsident des Vereins, Herr v. Scharf, wird in der Sitzung über die Zusammenkunft über „Neue soziale Aufgaben nach dem Kriege“ in der „Linden“ sprechen. Nachm. 4 Uhr spricht im Vereinshaus Herr Generalleutnant Dr. Stolte über „den Wiederaufbau des deutschen Familienlebens“.

Wittenberg, 5. März. (Reformationsjubiläum.) Der Vorsitzende des Kuratoriums der Lutherhalle, Regierungsrat v. Gerdorf, wird einen Vortrag in der hiesigen Kirche aus der Provinz zur weiteren Inauguration der Luther-Erinnerungsgemeinschaft in Lutherhaus zu Wittenberg. Der Vortragende gibt in dem Aufzuge der Dichtung Ausdruck, daß zum 31. Oktober der Kaiser und die übrigen evangelischen Fürsten Deutschlands die Lutherhalle besuchen werden.

Gumburg, 5. März. (Stadtkammer-Verhandlung.) In der Nacht zum 5. März verstarb aus nächst infolge Schlaganfalls der Stadtkammer-Verhandlung, Herr Oberbürgermeister Paul Ehrhardt. Sein Vater war schon Stadtkammerer gewesen und der Bestorbenen hatte als ein Gelehrter bereits seit 1871 die Kassengeschäfte mit, die ihm dann 1898 das Amt des Stadtkammermeisters und Stadtverordnetenführers leit übertragen wurde. Er war als ein pflichttreuer und gewissenhafter Kassierer in seinen Ämtern bekannt und geschätzt.

Eilenburg, 5. März. (Ein Wahnsinnig gefährt.) Der Bahnwärter Albert Meißner wurde in der Nacht zum 1. u. 2. März beim Abgehen der Bahnstraße in der Nähe der Haltestelle Wörz von der Maschine eines von Eilenburg kommenden Güterzuges, den er ausweichen wollte, erfasst und auf die Schienen geworfen. Die Maschine ging über den ganzen Körper des Beamten hinweg und verwickelte ihn vollständig. Der Tod trat sofort ein. Die Leiche wurde abtransportiert, neben dem Schienen liegen, aufgefunden. Der vierzigjährige Mann hinterließ eine Wittwe und zwei Kinder.

Legte Depeschen.

Der mexikanische Außenminister demittiert den Botschaftsantrag Deutschlands.

WTE. Paris, 5. März. Die Mächte veröffentlichen einen Washingtoner Botschaftsantrag nach welchem der mexikanische Minister des Auswärtigen amtllich in Mexiko erklärt, daß der mexikanische Regierung Botschaftsanträge seitens Deutschlands zugegangen seien.

Starker Kartoffelmangel in London.

WTE. Amsterdam, 5. März. Am Sonnabend herrschte in London so harter Kartoffelmangel, daß viele Käufer wenig oder gar nichts erhielten. Vor der Läden konnte man zum ersten Male das Publikum nach Kartoffeln sehen. Der Mangel ist hauptsächlich Transportschwierigkeiten zuzuschreiben.

Sibirischer Verlauf der ersten Dampfschiffung.

c. B. Stockholm, 5. März. Der erste Zulamentritt des russischen Reiches am 27. Februar verlief sibirisch. Als ein Vertreter der Dänen namens Gamm ein Bericht über den Verlauf der Expedition, wurde er vom Präsidenten unter Hinweis auf die Geschäftsverhältnisse unterbrochen. Eine Protestschreibung von zehn Mitgliedern wurde nicht zum Vortrage zugelassen. Gamm hielt aus nicht gerade seine Meinung kund, während die ganze Dänke dagegen protestierte.

Die Petersburger Konferenz.

Petersburg, 4. März. (Nachricht der Petersburger Telegraphen.) Die Konferenz der Alliierten, die in Petersburg zusammengetreten war um kürzlich ihre Arbeiten beendigt hat, hat von neuem den Beweis des immer engeren Einverständnisses der Alliierten erbracht und gezeigt, daß sie der Sache, die sie eint, unerschütterlich treu ist. Die Konferenz war beraten worden, um das Verbleiben der früheren unter den alliierten Mächten abgeordneten Konferenzen fortzusetzen und auszubauen. Die Konferenz in Petersburg hat der gleichen Weg verfolgt wie die Konferenzen von Paris und Rom und hat praktische Lösungen gefunden, um das militärische, politische, industrielle, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeiten immer enger zu gestalten. Sie hat bereits verhandelt, die Einheit der Handlung bei der Führung des Krieges zwischen den Alliierten zu betonen und zu betonen und zu betonen und zu betonen. Die Besprechungen der Alliierten besser zu verstehen und miteinander zu verbinden. Sie hat nach Mitteln gesucht, um so vollständig wie möglich alle Kräfte der Alliierten durch enger Zusammenarbeiten ihrer Interessen aller Art auszunutzen. Die Petersburger Konferenz wird in nächster dem nächsten

betrogen haben, auf allen Fronten durch Einföhrung des Heines möglichst ähnliche Bedingungen für den Kampf vorzubereiten und die Stunde des Sieges schneller herbeizuföhren. (Man wird ja leben.)

Die finanzielle Lage der Türkei.

WTE. Konstantinopel, 4. März. Zu Beginn der Budgetberatung in der Kammer erklärte der Finanzminister zur finanziellen Lage der Türkei: Die Verhältnisse, die die Deutlichkeit und gemindert habe und bis August noch gemindert werden, betragen 142 Millionen türkische Lira. Die Regierung habe durch einen mit Deutschland abgeschlossenen Vertrag für die Zeit nach dem Kriege dem türkischen Liraerwerb den gleichen Kurs gesichert, den das deutsche Papiergeld haben werde. Deutschland habe sich verpflichtet, der Türkei in jedem Jahre 3 Millionen türkische Lira in Gold zu überreichen. Das Papier solle dann in entsprechendem Umfang aus dem Verkehr gezogen werden, selbst wenn eine Anzahl von Noten durch Verkefstransaktionen gedeckt wäre. Nach dem Kriege würden die Waren der Verberunden bei der Einfuhr in die Türkei begünstigt werden. Der Minister betonte das Entgegenkommen Deutschlands bei der Abschaffung der Zölle und Schöffe, die das Papier nützlich aus dem Verkehr gezogen sei, nämlich für 11 Jahre. Das Entgegenkommen werde der Türkei besonders nach dem Kriege sehr wertvoll sein und zu ihrem Fortschritt beitragen. Die ordentlichen Ausgaben seien gegenwärtig auf 46 Millionen türkische Lira jährlich, würden aber im Laufe des Jahres auf Grund von Ergänzungsbudgeten auf 50 Millionen anwachsen. Alle in allen kriegerischen Staaten würden neue Steuern eingeföhrt. Die Erklärung des Finanzministers wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Kein Anlauf von Vändereien in Holland durch Deutschland.

WTE. Berlin, 5. März. Verschiedene holländische Blätter verbreiten die Nachricht, daß Deutschland bei Holland über die Rückzahlung des Kriegsschulden des Provinz Limburg verhandelt worden sei.

Wir sind amtlich ermächtigt zu erklären, daß diese Meldung auf keiner Erfindung beruht.

Die Demission des schwedischen Kabinetts abgelehnt.

Stockholm, 5. März. Meldung des Schwedischen Telegraphen-Büros. Das Ministerium hat seinen Rücktritt nicht annehmend abgelehnt, welches der König abgelehnt hat. Das Ministerium hat beschlossen, vorläufig im Amte zu bleiben.

(Lezte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr

Warenmarktumwälzung.

Berlin, 5. März. Im freien Warenverkehr hat man auch heute nur wenig Unternehmungslust zu bemerken und die Umsätze hielten sich daher auf den meisten Marktarten in ziemlich engen Grenzen. Im ganzen und ganzen konnten sich aber die Umsätze auf behaupten nur Geschäftskreisen hatten letzte Rückgang aufzuweisen. Mehr Interesse herrschte für türkische Werte und einige Bergwerksaktien, wie Bismarck, Gelsenkirchen und Sarpener. Russische Bankaktien waren teilweise gefragt. Am Anlagemarkt zeigte sich in erster Linie für 3proz. und 4proz. russische Anleihe Bekehr, daneben auch für russische und mexikanische Anleihen.

Devisenkurs.

Berlin, 5. März 1916. Die amtlichen Notierungen für telegraphische Anzeigen im Rahmen des letzten Monats in Vergleichung mit vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Deute		Amerikaner Tag	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	5,52	5,54	5,52	5,54
London	100 L.	240,-	240,-	240,-	240,-
Amsterdam	100 Kr.	164,-	164,-	163,-	164,-
Schweden	100 Kr.	174,-	174,-	174,-	174,-
Dänemark	100 Kr.	166,-	167,-	166,-	166,-
Schweiz	100 Fr.	186,-	187,-	186,-	186,-
Wien	100 K.	64,20	64,30	64,20	64,30
Bulgarien	100 Levo	79,62	80,62	79,62	80,62

Konstantinopel Geld 20,75 Brief 20,85
für ein holländisches Pfund Geld 12,-50 Brief 12,50
für 100 Peseten

Getreide.

Berlin, 5. März. Die Nachfrage für Futtermittel, namentlich für Rübener, nimmt abnehmend zu. Es herrscht angesichts der neuen Kriegerbedürfnisse und Soldaten aufzutreiben. Auch in den Rübenermärkten herrscht die Anknappung an. Die Abgeber von Futtermitteln erhalten sich noch immer sehr referiert, Einziger gutes Material findet als Samhaber Island Vieh. Das Angebot von Getreide ist noch reichlich und die offerierte Ware wird nur teilweise aufgenommen. Wetter: Schön.

Warenmarktumwälzung. Die Generalversammlung letzte die Dividende auf 18 (i. V. 18%) Prozent jeft, Fabrikbesitzer Paul Seiff, Oberbürgermeister, wurde von der Versammlung gewählt. Von der Generalversammlung wurde die Dividende des Jahres für die nächste Zeit ein Gewinnrückgang nicht ausgeschlossen sein dürfte, doch sei zu hoffen, daß nach einer Reihe von Jahren mit günstigeren Ergebnissen auch ein gewisses Vertrauen in die Aktien wieder eintreten wird.

Verkaufsschlüssel bei dem Markt-Verkaufswert. Der Verkaufsschlüssel, von einer Dividendenverteilung abzugehen (i. V. 8 Proz.). Infolge der erforderten veränderten Abfertigungen, namentlich auf die Zinshöhe, ergibt sich ein anderer Verlauf.

Erweiterungsarbeiten in Brandenburg. Dem Geschäftsbereich des Unternehmens, das für 1916 nur 6 (10) Proz. Dividende verteilen wird, ist über die Ausfertigung folgendes zu entnehmen: Im neuen Jahr wird das Werk zwar noch ein ansehnliches Quantum von Rübener nach Abgabe der Rübener abliefern können, der gemonte Verkehr im Durchschnitt ist aber erst nach Beendigung des Krieges zu erwarten. Für Veredelungsarbeiten werden die Rübener mit jetzt auf befristet und mit reichlichen Aufträgen versehen, so daß vorausichtlich über ein ansehnliches Geschäftsergebnis berichtet werden kann.

Schwedische, dänische und holländische Aktien in Berlin. Schwedische, dänische und holländische Aktien in Berlin. Der Aufstufungsbericht für das Geschäftsjahr 1916 eine Dividende von 14 Prozent (i. V. 8 Proz.).

Schwedische, dänische und holländische Aktien in Berlin. Schwedische, dänische und holländische Aktien in Berlin. Der Aufstufungsbericht für das Geschäftsjahr 1916 eine Dividende von 14 (8) Prozent vor.

Warenmarktumwälzung. Die Generalversammlung letzte die Dividende auf 18 (i. V. 18%) Prozent jeft, Fabrikbesitzer Paul Seiff, Oberbürgermeister, wurde von der Versammlung gewählt. Von der Generalversammlung wurde die Dividende des Jahres für die nächste Zeit ein Gewinnrückgang nicht ausgeschlossen sein dürfte, doch sei zu hoffen, daß nach einer Reihe von Jahren mit günstigeren Ergebnissen auch ein gewisses Vertrauen in die Aktien wieder eintreten wird.

Verkaufsschlüssel bei dem Markt-Verkaufswert. Der Verkaufsschlüssel, von einer Dividendenverteilung abzugehen (i. V. 8 Proz.). Infolge der erforderten veränderten Abfertigungen, namentlich auf die Zinshöhe, ergibt sich ein anderer Verlauf.

Erweiterungsarbeiten in Brandenburg. Dem Geschäftsbereich des Unternehmens, das für 1916 nur 6 (10) Proz. Dividende verteilen wird, ist über die Ausfertigung folgendes zu entnehmen: Im neuen Jahr wird das Werk zwar noch ein ansehnliches Quantum von Rübener nach Abgabe der Rübener abliefern können, der gemonte Verkehr im Durchschnitt ist aber erst nach Beendigung des Krieges zu erwarten. Für Veredelungsarbeiten werden die Rübener mit jetzt auf befristet und mit reichlichen Aufträgen versehen, so daß vorausichtlich über ein ansehnliches Geschäftsergebnis berichtet werden kann.

Schwedische, dänische und holländische Aktien in Berlin. Schwedische, dänische und holländische Aktien in Berlin. Der Aufstufungsbericht für das Geschäftsjahr 1916 eine Dividende von 14 Prozent vor.

Warenmarktumwälzung. Die Generalversammlung letzte die Dividende auf 18 (i. V. 18%) Prozent jeft, Fabrikbesitzer Paul Seiff, Oberbürgermeister, wurde von der Versammlung gewählt. Von der Generalversammlung wurde die Dividende des Jahres für die nächste Zeit ein Gewinnrückgang nicht ausgeschlossen sein dürfte, doch sei zu hoffen, daß nach einer Reihe von Jahren mit günstigeren Ergebnissen auch ein gewisses Vertrauen in die Aktien wieder eintreten wird.